

« Sans papiers,  
sans visage, mais  
une identité! »



**10 Jahre**

---

Verein Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers

# Editorial zur Jubiläumsschrift

---

## 10 Jahre Verein Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers

von Pedro Lenz, Schriftsteller

Zuweilen sitze ich einfach da und schaue mich um. Überall sehe ich Gesichter, die mir nicht persönlich bekannt sind. Jedes Gesicht gehört zu einem Menschen. Jeder Mensch hat einen Namen. Zu jedem Namen gehören wohl eine Familie und ein Lebenslauf. Zu jedem Gesicht gäbe es zweifellos unzählige Geschichten zu erzählen.

Aber was weiss ich schon über die Gesichter und die Menschen und ihre Namen? Sind die Menschen hinter den Gesichtern, die ich sehe, hinter den Namen, die ich nicht kenne, hinter den Geschichten, die ich nie erfahren werde, Menschen wie ich? Sind es Menschen, die eine Sozialversicherungsnummer und eine Krankenkassenkarte und ein Postkonto und einen gültigen Reisepass und eine angemeldete Wohnadresse haben? Oder sind es Menschen, die zwar genau wie ich existieren und dasitzen und sich umschaue, aber nichts von alledem haben?

Normalerweise frage ich die Menschen nicht, wer sie sind. Ich sehe sie nur, schaue in ihre Gesichter und frage mich selbst, was ich von ihnen weiss. Ich weiss nichts. Ich weiss nicht, ob sie zufällig hier oder anderswo zur Welt gekommen sind, ob sie zufällig hier oder anderswo eine Arbeit, ein Auskommen, einen Heimatort, ein Zuhause haben. Ich sehe bloss ihre Gesichter, und dass sie existieren, und dass sie sich Gedanken machen, angenehme Gedanken oder besorgte Gedanken, Gedanken über sich selbst oder über andere, Gedanken über Vergangenes oder Kommendes, Gedanken in meiner oder in einer mir fremden Sprache.

Es kann immer wieder vorkommen, dass jemand mich nach einem Schriftstück fragt. Es kommt immer wieder vor, dass ich meine Fahrkarte oder meinen Fahrausweis, meine Kundenkarte oder meinen Pass, mein Eintrittsticket oder meinen Impfausweis zeigen muss. Wenn das der Fall ist, ziehe ich die Brieftasche aus der Gesässtasche meiner Hose und zeige, worum ich gebeten worden bin. Es kann dabei durchaus passieren, dass ich das gewünschte Schriftstück nicht

finde, weil ich es verlegt, vergessen oder zu gut versorgt habe. Das ist normalerweise nicht so schlimm. Ich kann reden mit denen, die das Billet oder den Fahrausweis oder die Identitätskarte hatten sehen wollen. Ich kann ihnen versichern, dass ich das geforderte Papier besitze, aber gerade nicht zur Hand habe, dass ich es ihnen nachträglich zeigen werde, dass sich mein Versehen leicht korrigieren lässt.

Kann ich mir aber vorstellen, wie es wäre, wenn ich das alles nicht könnte? Kann ich mir vorstellen, wie es wäre, wenn ich den Leuten, die mich nach einem Schriftstück fragen, sagen müsste, ich hätte keine solchen Schriftstücke, ich besitze weder einen Niederlassungsausweis, noch einen Pass, noch einen AHV-Ausweis?

Nein, ich kann es mir nicht vorstellen, weil ich es mir nicht vorstellen muss, weil man sich gewisse Dinge und Situationen erst vorstellen kann, wenn sie tatsächlich eintreffen.

Gibt es einen Grund, sich etwas darauf einzubilden, dass man sich eine alltägliche Sorge anderer Menschen nicht vorstellen kann, weil sie einen selbst nicht betrifft? Gibt es einen Grund, sich etwas darauf einzubilden, dass man sich nicht die gleichen Sorgen machen muss, wie andere Menschen?

Ich sitze einfach da und schaue mich um. Noch immer sehe ich überall Gesichter, die mir nicht persönlich bekannt sind. Ich wünsche den mir unbekannt Menschen hinter diesen Gesichtern, dass sie sich keine Sorgen um ihre Papiere machen müssen. Und falls doch, wünsche ich ihnen, dass sie jemanden kennen, der diese Sorgen mit ihnen teilt und vielleicht sogar dafür sorgen kann, dass die Sorgen einmal unbegründet werden.

---



« Der Finanzplatz Schweiz steht in direktem Bezug zu den Krisenherden dieser Welt. Wir profitieren von einem globalen Kapitalismus, seine Verlierer und Verliererinnen brauchen unsere Hilfe und unseren Respekt.

Unser ausbeuterisches Weltwirtschaftssystem, seine Zwänge und Kriege fordern Opfer und diese Opfer sind Menschen.

Behandeln wir sie auch so. »

Meret Matter, Regisseurin  
Beirätin der Berner Beratungsstelle



# Der Bischof und die Sans-Papiers

Am 18. März 1996 suchten 300 afrikanische Migrant\_innen Zuflucht in der Kirche St. Ambroise im Zentrum von Paris, um sich vor der drohenden Ausschaffung zu schützen. Bald war auch Jacques Gaillot an ihrer Seite.

Jacques Gaillot war bis 1995 Bischof von Évreux, eines Bistums westlich von Paris. Sein Wirken für Leute in Schwierigkeiten und sein offenes Wort führten dazu, dass der Papst ihn wegen «Ungehorsams gegenüber den kirchlichen Autoritäten» massregelte. Bischof Gaillot wurde versetzt, der Papst übertrug ihm das Bistum Partenia. Partenia ging vor langer Zeit unter, im Wüstensand Algeriens. Jacques Gaillot wurde also Bischof eines Bistums, das gar nicht mehr existiert. Und gerade das nahm er als Chance wahr: «Ich bin also Bischof von Partenia, in der Wüste; aber es ist eine fruchtbare Wüste.

Partenia symbolisiert alle diejenigen, die in der Gesellschaft und in der Kirche die Erfahrung machen, nicht zu existieren, nicht anerkannt zu werden. Es ist ein Bistum ohne die Grenzen, die ausschliessen. Alle Menschen können dazugehören. Die Ernennung zum Bischof von Partenia hat mich also geöffnet für alle Völker in Schwierigkeiten».

Zu diesen Völkern in Schwierigkeiten gehören auch die Sans-Papiers. «Mais ceux-là, ils sont sans papiers» schimpften die Polizisten und der Innenminister über die in die Kirche Geflüchteten. Ja, das sind wir, sagten diese, sans papiers, Sans-Papiers. Und seither macht das Wort Sans-Papiers den Irrwitz offenkundig, dass die Existenz eines Menschen von einem Papier abhängen soll.

« Menschenwürde steht im Vordergrund. Entsprechend haben wir die Pflicht hinzuschauen, auch wenn es uns nicht leicht fällt. »



Nicole Loeb, Unternehmerin  
Beirätin der Berner Beratungsstelle



Aktion des Sans-Papiers-Kollektivs Bern vor dem Bundeshaus 2001

## Geschichte der Beratungsstelle

von Jacob Schädelin und Anne-Marie Saxer-Steinlin, Präsidium

### Schon immer gab es Sans-Papiers

Schon immer lebten und arbeiteten Menschen in der Schweiz ohne Erlaubnis der Behörden. Nur interessierte es kaum jemanden. Erst 1997 reichte Nationalrätin Angeline Fankhauser eine – dann nur als Postulat überwiesene – Motion ein, es sei eine Amnestie zu erlassen für Sans-Papiers, weil sie die Entrechtung dieser Menschen nicht einfach hinnehmen wollte.

### Sans-Papiers in den Kirchen

Seither ist das Wort Sans-Papiers (siehe Seite 6) in die alltägliche und politische Sprache eingewandert. Richtig Karriere machte es mit der Sans-Papiers-Bewegung. Diese entstand in Frankreich und in Spanien, erreichte im Frühling 2001 die Romandie und im Herbst auch Bern und die Deutschschweiz. An der Marien- und Pauluskirche und anderswo in Bern flatterte der Wahrspruch der Bewegung «Kein Mensch ist illegal», das Zeichen dafür, dass Sans-Papiers da, in Kirchenräumen, also in der Öffentlichkeit zu Hause sein wollten, und nicht allein im privaten Kämmerlein.



## Neun Monate öffentliche Aufmerksamkeit

Die Kirchenbesetzungen schlugen Wellen, mediale und politische. Es kam zu Vorstössen im Grossen Rat und im Nationalrat zu einer grossen Debatte. Ein beachtlicher Erfolg. Aber ein Erfolg ohne positive Folgen, nur ein ganz schmales Türlein für sogenannte Härtefälle wurde geöffnet. Denn es war von Anfang an klar: Eine Bewegung der Sans-Papiers, eigentlich der Habenichtse, ändert die Migrationspolitik der sehr wohl Habenden nicht so schnell. So verlor die Bewegung langsam an Kraft, die Sans-Papiers verliessen die Kirchen, die vom Geruch nach Schlafen und Essen mit viel Duftspray befreit wurden. Und viele Kirchenleute waren froh, dass nun alles vorbei war.

## Alles vorbei?

Eine Arbeitsgruppe der reformierten und katholischen Landeskirchen fragte allerdings, ob tatsächlich alles vorbei sein dürfe. Wenn schon keine grundsätzliche Lösung durch eine Amnestie politisch in Frage kam, dann sollte es doch möglich sein, den Alltag von Sans-Papiers «humaner», menschlicher zu gestalten.

## «Humanisierung des Alltags, Grundrechte der Sans-Papiers respektieren!»

Um diese Möglichkeit zu erkunden, setzten die drei Landeskirchen und die Jüdischen Gemeinden des Kantons Bern einen «Rat der Weisen» ein – selber nannte er sich bescheidener Beirat. Dieser befasste sich eingehend mit der Situation der Sans-Papiers und verfasste eine Erklärung. Einige Lebensbereiche von Sans-Papiers – Beratung, Gesundheit, Arbeitsbedingungen, Prostitution/ Menschenhandel, Datenschutz – wurden eingehend studiert und konkrete Handlungsvorschläge formuliert. Die angesprochenen Behörden wurden aufgefordert, in der Interessenabwägung zwischen ihren Aufgaben und der Durchsetzung der Ausländergesetzgebung eine verfassungskonforme Auslegung anzuwenden, die die Grundrechte von Sans-Papiers auch effektiv im Alltag gewährleistet. Als wichtigen ersten Schritt zur Verbesserung der Lage empfahl der Beirat die Schaffung einer privaten, vertrauenswürdigen Beratungsstelle für Sans-Papiers im Kanton Bern mit entsprechendem Know-how. Diese Stelle sollte individuell beraten und begleiten, aber auch mithelfen, die vielen Fragen einer Lösung auf praktischer Ebene zuzuführen.

## Und dann ging alles sehr schnell

Bereits ein halbes Jahr nach Veröffentlichung dieser Erklärung – am 2. März 2005 – wurde der Verein Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers gegründet. Landeskirchen, verschiedene im Kanton tätige Hilfswerke, die Gewerkschaft UNIA, die Demokratischen Juristinnen und Juristen, MeBiF (Verein Medizinische Beratung für illegalisierte Frauen) sowie das Sans-Papiers-Kollektiv zählten zu den ersten Mitgliedern. Nochmals 4 Monate später war Marianne Kilchenmann als erste Mitarbeiterin mit einem Pensum von 50% angestellt und startete mit den Beratungen. Sie fand ein Miniaturbüro bei der Berner Rechtsberatungsstelle für Asylsuchende in der Nähe des Loryplatzes. Zur Mitfinanzierung der Pilotphase wurden drei Stiftungen gefunden.

### **Immer mehr Ratsuchende**

Nach drei Jahren wurde das Abstellkammerli endgültig zu klein. Mehr Ratsuchende kamen, die Beratungen verdoppelten sich, ebenso die Laufmeter Akten. Am Eigerplatz 5, im hohen Haus, fanden wir zwei gute Räume, wieder in unmittelbarer Nachbarschaft zur Rechtsberatungsstelle für Menschen in Not, sodass die für uns wichtige Zusammenarbeit weiterhin durch die räumliche Nähe unterstützt wurde.

### **Auch abgewiesene Asylsuchende sind Sans-Papiers**

Im gleichen Jahr 2008 setzte die Politik den Ausschluss von abgewiesenen Asylsuchenden aus der Sozialhilfe durch und zwang viele Menschen in die viel zu tief bemessene Nothilfe. Für den Verein waren und sind auch diese Menschen Sans-Papiers, die Rat und Trost brauchen. Auch der Humanitären Stiftung des Schweizerischen Roten Kreuzes bereitete der Ausschluss aus der Sozialhilfe grosse Sorge. Sie beschloss, ihre Verantwortung für die davon betroffenen Menschen mit einem besonderen, auf 5 Jahre angelegten Programm in verschiedenen Städten wahrzunehmen. Deshalb konnte die Beratungsstelle in Zusammenarbeit mit dem Kantonalverband Bern des SRK ihr Beratungsangebot ausweiten und auch die Leute aus den Nothilfezentren empfangen.



« Es gibt Aufgaben, die müssen erfüllt werden, auch wenn man sich dabei keine Lorbeeren holen kann. Leute, die hier Einsatz leisten, verdienen Unterstützung! »

Christine Beerli, Vizepräsidentin IKRK  
Beirätin der Berner Beratungsstelle

### **Politisches Lobbying ist nötig**

Nach drei Jahren intensiver Arbeit war es an der Zeit, eine gründliche Auswertung vorzunehmen. Das SFM (Forum suisse pour l'étude des migrations et de la population) in Neuenburg stellte in seinem Bericht vom Mai 2008 fest, dass der Bereich Beratung sehr professionell geführt wird, dass aber die politische Interessenvertretung für die Sans-Papiers noch deutlich ausgebaut werden kann. Entsprechend wurde beschlossen das Vorstandsressort «Politisches Lobbying» zu schaffen.

### **Ausbau und intensive Suche nach Geld**

Mit der Bekanntheit der Beratungsstelle wuchs die Zahl der Ratsuchenden. Mehr Zeit für die Beratungen wurde nötig. Heute werden 140 Stellenprozent dafür eingesetzt. Und eine Gruppe von freiwillig, aber professionell arbeitenden Berater\_innen hilft, die bald 2000 Beratungen pro Jahr durchzuführen. Dieser Ausbau des Beratungsangebotes kostete natürlich. Deshalb musste die Finanzbeschaffung intensiviert werden. Gesuche und immer wieder Gesuche an Stiftungen und Institutionen, Solidaritätslauf und Solidaritätskonzert und und und... Dank der unermüdlichen Karin Jenni, die das alles organisiert, konnten die Finanzen auf einen Stand gebracht werden, die einigermaßen den Herausforderungen entsprechen.

### **Sozialdienst mit politischer und juristischer Interessenvertretung**

Schwierigkeiten? Natürlich die ständigen Verschärfungen der Migrationsgesetze, die die Situation der Sans-Papiers und die Zusammenarbeit mit den Migrationsbehörden noch komplizierter machten. Erfolge? Einige Dutzend Aufenthaltsbewilligungen und Heiraten, die dank der Hilfe der Beratungsstelle möglich wurden. Krankenversicherungen, Kursbesuche, viele kleine Alltagschritte... Und viel menschliche Wärme. Was sich bewährt hat? Die Sans-Papiers konsequent in ihren sozialen, rechtlichen und politischen Interessen vertreten, sodass die Beratungsstelle eine Art zivilgesellschaftlicher Sozialdienst mit politischer und juristischer Interessenvertretung geworden ist, eine Art Sozialdienst Plus.

# Ein Leben ohne Frieden

---

**Manuel**, aus dem Kongo,  
seit 2003 in der Schweiz

von Julia Egenter, Freiwillige der Beratungsstelle

Er hat seine Geschichte bereits oft erzählt. «Ihr habt ja mein Dossier», antwortet Manuel auf einige der Fragen. Denn er erinnert sich nicht gerne an die Jahre des Wartens und Bangens, an die negative Antwort auf sein Asylgesuch und die darauffolgende Hoffnungslosigkeit. Seit 2003 lebt Manuel in der Schweiz, seit über 12 Jahren spielt sich sein Leben in Asyl- und Durchgangszentren ab. Als abgewiesener und somit ausreisepflichtiger Asylsuchender gilt er als Sans-Papier. «Du hast keine Papiere, kein Recht zu arbeiten oder irgendetwas Anerkanntes zu machen», beschreibt Manuel seine Situation. Bis vor kurzer Zeit lebte er von Nothilfe, das heisst er erhielt einen Minimalbeitrag von wenigen Franken pro Tag. Die Geldnot war eine ständige Begleiterin. «Es ist ein Leben ohne Frieden», wiederholt Manuel mehrmals. Die ständige Angst vor Polizeikontrollen, hier zu leben und doch nicht akzeptiert zu sein, das lähmende Gefühl nichts tun zu können – noch immer fällt es ihm schwer, darüber zu sprechen.

Dann, nach Jahren des Wartens, erklärte sich die Migrationsbehörde bereit, sein Härtefallgesuch zu prüfen. Unter einer Bedingung: Manuel müsste innerhalb eines halben Jahres eine Arbeitsstelle finden. Der gelernte Handwerker hatte seit über zehn Jahren keiner Arbeit mehr nachgehen dürfen.

Soweit es ging, versuchte er sich dennoch freiwillig zu engagieren. Er half bei diversen kulturellen Austauschprojekten mit, spielte in verschiedenen Theatern über Migration und ist bis heute ein gern gesehener Gast in seiner Kirchgemeinde. Dennoch: Ohne offizielle Aufenthaltspapiere innerhalb von einigen Monaten eine Arbeit zu finden, stellte sich für Manuel als Tortur heraus. Er erhielt eine Absage nach der anderen. Mit Hilfe von Schweizer Bekannten gelang es ihm schliesslich, probemässig eine Stelle auf einem Bauernhof zu bekommen. Nach wenigen Tagen dann die erleichternde Bestätigung: Manuel kann bleiben.

Einen Termin mit ihm zu finden, ist nun gar nicht mehr so einfach, er hat viel zu tun. So schreibt er eines Tages eine SMS: «Die Kartoffelmaschine wartet auf uns, wir müssen 15 Tonnen bearbeiten für eine Pommes-Frites-Firma.» Wie lange er auf dem Hof arbeiten wird, weiss er noch nicht. Aber momentan ist für Manuel klar: «Ich bin ein Seelandbauer.»



« Sans-Papiers,  
ohne Gesicht, aber  
mit einer Identität! »

# Kann ich irgendwann frei leben?

---

**Selvije**, aus dem Kosovo,  
seit 2002 in der Schweiz

von Julia Egenter, Freiwillige der Beratungsstelle

Sie hielt sich viele Jahre lang voller Angst in der Wohnung ihres Bruders versteckt. Selvije war aufgrund familiärer Probleme im Jahr 2002 in die Schweiz geflüchtet, im Kosovo war ein Leben für sie nicht mehr möglich. Doch ohne Aufenthaltspapiere in der Schweiz zu sein, bedeutete für sie ein Leben voller Angst. Angst davor, entdeckt und ausgeschafft zu werden. «Du weisst nie, ob du am Abend noch da bist», erinnert sie sich an die ständige Unsicherheit zurück. Sie brachte sich selbständig Deutsch bei und arbeitete vereinzelt in verschiedenen Haushalten. Doch eine Frage lähmte sie mit jedem vergangenen Jahr mehr: «Kann ich irgendwann frei leben?» Im Jahr 2011 reichte die Beratungsstelle für Sans-Papiers ein Härtefallgesuch für Selvije ein. Darin musste ihre Geschichte, ihr Name und die Adresse offenlegt werden. Damit war grösstes Risiko verbunden. Sollte das Bundesamt für Migration das Gesuch ablehnen, so hätte dies unmittelbar zu ihrer Ausschaffung geführt. Aber Selvije hielt ihre Situation nicht mehr länger aus: «Ich war so müde». Als das Gesuch bewilligt wurde, ging es eine Weile, bis sie es tatsächlich glauben konnte. Erst, als sie den B-Ausweis in den Händen hielt, konnte sie es so richtig fassen.

Nun traute sie sich nach Jahren wieder aus der Wohnung. Zu Beginn fiel es ihr schwer, unter vielen Menschen zu sein. Nach den ungezählten Stunden der Einsamkeit musste sie sich erst wieder daran gewöhnen. Auf der Suche nach einem Praktikum im Pflegebereich versandte sie mehr als 80 Bewerbungen. In ihrem Lebenslauf erwähnte sie offen, dass sie jahrelang als Sans-Papier in der Schweiz gelebt hatte. Schliesslich fand sie einen Arbeitsplatz, «bei dem wichtig ist, wer du bist und wie du arbeitest und nicht die Dokumente an erster Stelle stehen». Sie verbesserte ihre Deutschkenntnisse, gewann an Selbstvertrauen und konnte nach dem Praktikum am selben Arbeitsort eine feste Stelle antreten.

Doch die Jahre der Angst lassen sich nicht so leicht vergessen. Kürzlich wurde sie bei einer Fahrzeugkontrolle wieder von den Erinnerungen eingeholt. Vor lauter Nervosität verstand sie nicht, was die Polizistinnen von ihr wollten und als diese nach dem Führerschein fragten, zeigte sie zitternd den B-Ausweis. «Eine gewisse Angst werde ich wohl noch lange mit mir tragen», sagt Selvije, «es braucht Zeit, bis man vergisst.»

---



« Die Behandlung der Sans-Papiers  
ist unseres Landes nicht würdig.  
Absurd, dass es Menschen,  
die hier arbeiten,  
Steuern und AHV bezahlen,  
offiziell gar nicht geben soll. »

Endo Anaconda, Sänger, Schriftsteller  
Beirat der Berner Beratungsstelle



# «Zeit ist wichtig»

## Interview mit Marianne Kilchenmann

von Karin Jenni, Mitarbeiterin

### Vor zehn Jahren suchte der neu gegründete Verein ein\_e Sozialarbeiter\_in zu 50 Prozent. Was ging dir durch den Kopf als du davon erfahren hast?

Ganz ehrlich habe ich innerlich geschluckt und gedacht: «Wahnsinnig». Es war zu dieser Zeit im Asylbereich sehr schwierig. Es gab wenig Anerkennung für diese Arbeit und Asylsuchende galten damals schon als Sündenböcke für alles. Aber Sans-Papiers hatten irgendwie etwas Geheimnisvolles und ich dachte mir: Aha, das ist wohl «in» sich da zu engagieren. Und das hat mich eigentlich fast ein bisschen genervt. Inzwischen, also schon sehr bald, hat sich meine Meinung diesbezüglich natürlich absolut verändert. Ich hatte bis dahin einfach auch nicht wirklich Kontakt zu Sans-Papiers.

### Du hast dich also beworben und die Stelle bekommen. Was hattest du für Vorstellungen und inwiefern haben sich diese bewahrt?

Ja, am Tag der Papstwahl hiess es auch «Habemus Marianne», so hat das der Präsident gesagt, als er anrief. Ich habe mich wirklich sehr gefreut, dass ich die-

se Stelle bekommen habe. Es hatte aber überhaupt noch nichts bestanden, keine Infrastruktur, kein Ort, nichts. Ein grosses Thema am Vorstellungsgespräch war, wie ich es anstellen würde, dass die Leute und v.a. auch Frauen das Angebot nutzen werden. Ich hatte ziemlichen Respekt vor dieser Aufgabe. Es war ein riesiger Schritt ins Unbekannte. Und es war erstaunlich, dass schon von Anfang an Leute zu uns gekommen sind, auch viele Frauen. Das hatte ich nicht erwartet. Obwohl - wie ich aber erst später lernte - die Mehrheit der weltweit irregulär anwesenden Personen Frauen sind.

### Kannst du dich an die erste Person erinnern?

Eine der ersten Personen war eine Frau aus Brasilien, die unseren Flyer in einer Kirche gesehen hatte. Sie war damals schon fast 10 Jahre in der Schweiz. Als sie zu uns kam, war sie gerade Mutter geworden. Der Vater war verschwunden und es ging um eine Vaterschaftsanerkennung, damit die Kinder auch zu ihren Rechten kommen konnten. Wir schafften es zusammen mit der Rechtsberatungsstelle, dass die Frau die Vaterschaftsklage einreichen konnte und das Gericht die Vaterschaft feststellte, ohne dass die Frau denunziert wurde.

Verleihung des Integrationspreises der Stadt Bern 2013: v.l.n.r. Hamz Nela, Nina Regli, Marianne Kilchenmann, Karin Jenni, Jacob Schädelin, Anne-Marie Saxer-Steinlin, Seraina Wyssling (Foto: Ilhami Sönmez)



### **Wie hat sich das Umfeld in den letzten zehn Jahren verändert?**

Bei den Anliegen hat sich eigentlich nichts verändert. Die sind «self-evident». Es ging und geht immer irgendwie um den Aufenthaltsstatus, die Familie, den Schulbesuch der Kinder, die Existenzsicherung. Aber sonst hat sich schon viel, sehr viel getan. Auf jeden Fall hat sich die Einstellung der Bevölkerung gegenüber Sans-Papiers stark verändert. Vom Goodwill, der 2005 noch vorhanden war, ist heute wenig zu spüren. Das hat verschiedene Ursachen. Der erste Einschnitt war die Revision des Ausländergesetzes 2006. Die Annahme dieser Revision war eine deutliche Mitteilung an die Leute im Sinne von: Ihr seid nicht willkommen. Damals gab es deshalb massiv weniger Leute, die sich wagten in die Beratungsstellen zu kommen. Das Gesetz ist ja dann 2008 in Kraft getreten und damit galten Leute, die seit Jahren hier gelebt hatten, von einem Tag auf den anderen als illegal und erhielten nur noch Nothilfe. Das war ein extremer Schritt der Kriminalisierung dieser Gruppe. Manchmal dünkt mich, dass viele Leute Menschen ohne Bewilligung als kriminell anschauen – das ist doch eigenartig.

Nebst der Ausschaffungsinitiative, die ebenfalls ein riesiger Einschnitt war, gab es noch die Lex Toni Brunner. Dieses Gesetz wurde 2009 angenommen und forderte, dass eine Aufenthaltsbewilligung die Grundvoraussetzung für eine Eheschliessung sein soll. Das Jahr 2010 war das Schlimmste für mich. Da habe ich es mehr als einmal erlebt, dass Sans-Papiers-Partner\_innen frühmorgens vom Migrationsdienst abgeholt und zurückgeschafft wurden und dann monatelang auf das Visum warten mussten. Später beurteilte dann das Gericht die Verhältnismässigkeit und interessanterweise wurde es dann fast sicherer als vorher, die Eheschliessung hier durchzuführen. Ja, und dann ist da noch das Gesetz wegen der Schwarzarbeit. Obwohl Schwarzarbeit zum grössten Teil von legal anwesenden Personen geleistet wird, traf dieses Gesetz Sans-Papiers sehr stark und erschwerte ihre Lebensbedingungen massiv. Es gibt noch viele andere Veränderungen. Als letztes Beispiel nenne ich hier noch den Beitritt zum Schengenraum, wodurch es möglich wurde, auch im Inland Grenzkontrollen durchzuführen. Schon in Olten ist nun die Grenzpolizei zugestiegen und hat einen Pass verlangt. Drei Frauen, die ich kenne, wurden so ausgeschafft.

### **Was wünschst du dir für die Zukunft? Was sind deine Ängste?**

Klar mache ich mir Sorgen um unsere Gesellschaft, ich habe aber auch viel Hoffnung. Gerade durch diese Arbeit hier und weil ich auch viel Solidarität erlebe. Als sich eine Sans-Papiers nach 20 Jahren gewagt hatte, ein Härtefallgesuch zu stellen, hatten wir hier 15 ihrer Arbeitgeber\_innen vereint, und die haben das Risiko in Kauf genommen, weil sie wussten, dass diese Person nur mit dieser Arbeitsmöglichkeit überleben kann. Und das gibt mir Hoffnung. Orte, wie diese Beratungsstelle können eben auch Verbindungen zwischen Menschen schaffen, die sonst nicht zusammen kommen.

Für die Beratungsstelle ist mein grösster Wunsch, dass genügend Zeit für die Beratung immer im Mittelpunkt stehen darf und dass die Stelle weiter existieren kann. Zeit ist wichtig. Wir sollten immer in der Lage sein, uns genug Zeit für die Ratsuchenden nehmen zu können.

«Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan.»

---

Pia Grossholz-Fahrni, Synodalrätin der ref. Kirchen Bern-Jura-Solothurn

Ab 2003 befasste sich unsere Kirche konkret mit der Thematik der Sans-Papiers, um festzustellen, wie es um die Sans-Papiers in unserem Kirchengebiet steht. Daraus ergab sich sehr schnell, dass ein Beratungsangebot für diese unsichtbaren Menschen in unserer Gesellschaft sehr wichtig wäre. Also fingen wir an, Bündnispartner für unsere Idee zu suchen. Für die Landeskirchen war klar, das ist eine Aufgabe, in der sich die Kirchen engagieren müssen und wollen. Es kamen noch viele andere Partner dazu, und so konnte 2005 der Verein gegründet werden.

Seither hat die Beratungsstelle hundert Menschen ganz am Rande der Gesellschaft viele gute Dienste geleistet. Sie hat aber auch immer wieder dafür gesorgt, dass das Thema, das viele am liebsten einfach unter den Teppich kehren möchten, in der öffentlichen Diskussion vorhanden bleibt. Für Kirchgemeinden ist das Wissen der Beratungsstelle immer wieder eine grosse Hilfe.

In den zehn Jahren haben sich die Probleme rund um die Thematik leider nicht verkleinert oder entschärft. Noch immer gibt es auch hier bei uns Menschen, die ausgenützt werden, denen unsere Gesellschaft keinen offiziellen Platz einräumt. Deshalb ist die Arbeit der Beratungsstelle auch weiterhin von grösster Wichtigkeit.

Dass sich die Kirche für Sans-Papiers einsetzt, ist in ihrem Grundauftrag angelegt, denken wir doch an die Worte Jesu: «Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan.» Mt 25,40

# Das Unmögliche möglich machen: 10 Jahre Verein Berner Beratungs- stelle für Sans-Papiers

---

Theodora Leite Stampfli,  
Programmverantwortliche Migrationspolitik  
cfd - die feministische Friedensorganisation

Die Zusammenarbeit zwischen den Mitarbeiterinnen, Vorstandsmitgliedern und den Migrant\_innen ohne Aufenthaltsbewilligung hat sich in 10 Jahren etabliert, meines Erachtens mit Erfolg. Gratulation!

Der Verein Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers bietet Unterstützung in verschiedenen Bereichen wie: Krankenversicherung, Einschulung von Kindern, Eheschliessung, Wohnungssituation usw. Das Lobbying bei Politiker\_innen und die verschiedenen Kampagnen haben die Problematik der Sans-Papiers sichtbar gemacht.

Für die nächsten 10 Jahre wünschen wir uns, dass der Verein:

- mehr finanzielle Ressourcen bekommt.
- mehr Mitglieder und Sponsor\_innen erhält.
- mehr Zeit für Grundlagenarbeit hat, damit Folgendes aufgezeigt werden kann: Strengere Einwanderungs- und Grenzkontrollen und die Verweigerung von Aufenthalts- und Arbeitsbewilligungen drängen Migrant\_innen in die Illegalisierung, wo ausbeuterische Arbeit und prekäre, rechtlose Lebensverhältnisse herrschen.

- sich enger vernetzt mit Fachstellen und Organisationen aus verschiedenen Branchen und darüber hinaus eine starke Lobbyarbeit macht, um die Situation von Migrant\_innen ohne Aufenthaltsbewilligung zu verbessern. Dies insbesondere für Migrantinnen, die doppelte Diskriminierung erleben, als Migrantinnen und als Frauen.
- aufzeigt, dass der Bereich Care in unserer Gesellschaft prekär ist. Solange keine Gleichstellungspolitik existiert, die sich für die Vereinbarkeit von Familie, Privatleben und Beruf einsetzt, ist die Legalisierung der Sans-Papiers, die in Haushalten arbeiten, wichtig, aber nicht nur in diesem Arbeitsmarktsektor. Wir wollen keine Ethnisierung und Sexualisierung von Care-Arbeit. Gleiche Rechte und gleiche Chancen für ALLE in jeder Branche.

Ich wünsche dem Verein weiterhin viel Power für die kommenden Jahre, aber hoffentlich werden wir nicht die 20 Jahre des Vereins feiern müssen, denn bis dann ist hoffentlich kein mensch mehr illegal.

---

# Das Recht auf den vertraglichen Mindestlohn gilt auch für Sans-Papiers!

---

Rita Schiavi, Gewerkschaft Unia

Es gibt viele Gründe, warum Menschen ihre Heimat verlassen. Am häufigsten sind es ökonomische Gründe oder die Flucht vor Verfolgung, Krieg und Katastrophen. Aber nicht immer sind die Menschen im Land, in welchem sie Schutz und Arbeit suchen, willkommen. Nicht alle, die vor Gewalt fliehen, werden bei uns als Flüchtlinge anerkannt. Und viele Menschen, die in der Schweiz Arbeit suchen, um sich und ihre Familien zu Hause zu ernähren und ihnen eine bessere Zukunft zu ermöglichen, erhalten bei uns keine Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung. Sie werden so zu sogenannten «Sans-Papiers». «Sans-Papiers» sind in aller Regel erwerbstätig, denn ohne Arbeit könnten sie in der Schweiz ja nicht leben. Ihre prekäre Situation führt dazu, dass sie oft von skrupellosen Arbeitgeber\_innen ausgenutzt werden und viel zu tiefe Löhne erhalten. Als Gewerkschaft unterstützen wir die Anlauf- und Beratungsstellen für Sans-Papiers, wir arbeiten mit ihnen zusammen und sind auch bereit, Sans-Papiers gegenüber Arbeitgeber\_innen und vor Arbeitsgericht zu vertreten. Verständlicherweise haben aber viele Sans-Papiers Angst, gegen ihre Arbeitgeber\_innen vorzugehen, weil sie fürchten, dann angezeigt und ausgewiesen zu werden. In Einzelfällen ge-

lingt es zwar immer wieder, die Rechte von Sans-Papiers durchzusetzen, denn auch Sans-Papiers haben Rechte; zum Beispiel das Recht auf den vertraglichen Mindestlohn oder den orts- und branchenüblichen Lohn. Da es aber für Sans-Papiers schwierig ist, ihre Rechte einzufordern, setzen wir uns zusammen mit den Sans-Papiers-Kollektiven und vielen anderen Organisationen für die kollektive Regularisierung der Sans-Papiers ein.

Wir gratulieren der Berner Beratungsstelle zu ihrem 10-jährigen Bestehen und danken allen Helferinnen und Helfern für die wichtige Unterstützung, die sie den Sans-Papiers geben.

---

# Warum die Beratungsstelle für Sans-Papiers aus juristischer Sicht so wichtig ist

Willi Egloff, Rechtsanwalt



« Sans-Papiers sind Menschen, und Menschen haben Rechte.

Wer sich für die elementarsten Rechte anderer einsetzt, lebt einem Grundgedanken unserer demokratischen Verfassung nach und verdient Achtung und Unterstützung. »

Regina Kiener, Prof. für öffentliches Recht Universität Zürich  
Beirätin der Berner Beratungsstelle

Als sich 1978 einige Dutzend Leute mit juristischer Ausbildung zur Vereinigung «Demokratische Juristinnen und Juristen der Schweiz (DJS)» zusammenschlossen, setzten sie sich als primäres Ziel, den Zugang zum Recht zu erleichtern. Die Schwellen zu Verwaltungsbehörden und zu den Gerichten waren für viele Menschen im Land unüberwindbar hoch, und die Anwaltskanzleien hatten in aller Regel wenig Interesse, finanziell schlecht gestellte oder auch fremdsprachige Klientinnen und Klienten zu vertreten. Diesem Zustand wollten die DJS auf allen Ebenen der Rechtssetzung und der Rechtsanwendung entgegen treten.

Vieles hat sich seither getan. An den Gerichten gibt es spezielle Arbeits- oder Mietgerichte, die sich mit diesen im Alltag so wichtigen Spezialgebieten befassen. Das Institut der unentgeltlichen Rechtspflege und damit die Möglichkeit für Personen in schwierigen finanziellen Verhältnissen, sich vor Gericht für ihre Anliegen zu wehren, wurden massiv ausgebaut. Gewerkschaften, Mieterverbände, Invalidenverbände und viele andere Interessenorganisationen haben für ihre Mitglieder effiziente Rechtsdienste aufgebaut, welche den Zugang zu Verwaltung und Justiz ebenen helfen. Die DJS selbst haben ein schweizweites Netz von Anwältinnen

und Anwälten, aber auch Juristinnen und Juristen in andern Berufen, beige-steuert, welche sich verpflichtet haben, in ihrer beruflichen Praxis zur Eliminierung dieser Zugangsschwellen zu Justiz und Verwaltung beizutragen.

Trotzdem gibt es Leute, die durch dieses Netz fallen und für welche die Justiz ein fast unerreichbarer Elfenbeinturm ist. Die Sans-Papiers sind dafür vielleicht das wichtigste Beispiel. Ihnen können Anwältinnen und Anwälte oft nicht helfen, weil alle die genannten Verbesserungen für sie nicht benutzbar sind und weil die Hürden für den Gang zur Anwaltskanzlei immer noch zu hoch sind. Wenn wir Anwältinnen und Anwälte unsere beruflichen Ansprüche auch gegenüber diesen Personen erfüllen wollen, so sind wir auf die Beratungsstelle angewiesen. Nur sie ist in der Lage, die erforderlichen Kontakte herzustellen und uns zu ermöglichen, wenigstens die elementarsten diesen Menschen zustehenden Rechte gegenüber Verwaltung und Justiz durchzusetzen.

# Morgens, kurz vor sieben

---

**Erica**, aus Bolivien,  
seit 1996 in der Schweiz

von Julia Egenter, Freiwillige der Beratungsstelle

Eines Morgens, kurz vor sieben Uhr, ging die Klingel. Als Erica die Haustüre öffnete, standen ihr zwei Polizisten gegenüber. Die Polizei hatte einen Hinweis erhalten, dass sich in der Wohnung eine Person befand, welche ohne Aufenthaltsberechtigung in der Schweiz lebe. Später stellte sich heraus, dass es sich dabei angeblich um einen Mann handeln sollte, der von einem Bekannten verraten worden war. Stattdessen fand die Polizei eine verängstigte Frau und ihre zwei Töchter vor. Keine der drei hatte zu diesem Zeitpunkt eine Aufenthaltsbewilligung.

Erica kam im Herbst 1996 in die Schweiz mit der Hoffnung, hier eine Arbeit zu finden, um die Existenz ihrer Familie zu sichern. Die ersten zwei Jahre war es ihr unmöglich, eine eigene Wohnung zu bekommen. Sie musste bei Freund\_innen unterkommen, hatte lange kein wirkliches Zuhause. Arbeitsmöglichkeiten fand sie ohne Bewilligung und ohne Deutschkenntnisse kaum. Wiederum nur durch die Mithilfe von Freund\_innen und Bekannten konnte sie schliesslich stundenweise in verschiedenen Haushalten arbeiten. «Ich hatte Glück, dass ich Leute fand, die mir viel halfen», so Erica. Sie baute Schritt für Schritt eine Existenz für sich und ihre Töchter auf. Die Jüngere ging in die Primarschule, die Schuldirektion und Lehrer\_innen

waren über ihre Situation informiert. Gegenüber Freund\_innen und Mitschüler\_innen durfte sie jedoch nie ein Wort über ihre Aufenthaltssituation verlieren. Die ältere Tochter war bereits über das Grundschulalter hinaus und der Zugang zu Schulbildung blieb ihr verwehrt. So konzentrierte sie sich darauf, Sprachen zu lernen - in der Hoffnung, eines Tages eine Ausbildung in der Schweiz absolvieren zu können.

Doch diese Existenz war fragil und überschattet von der Angst, dass sie eines Tages entdeckt werden würden. Im Jahr 2009 war es tatsächlich soweit. Noch am selben Tag sollte die Familie durch die Migrationsbehörde vernommen werden. Erica war sich sicher, dass sie danach unmittelbar ausgeschafft würden. Innerhalb eines Tages reichte die Beratungsstelle für Sans-Papiers bei der zuständigen Migrationsbehörde ein Härtefallgesuch für die verzweifelte Familie ein. Das Gesuch wurde an das Bundesamt für Migration weitergeleitet und von diesem gutgeheissen. Seither lebt die Familie mit Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz. Die jüngere Tochter geht immer noch zur Schule, die ältere konnte endlich eine Ausbildung beginnen. Nach Jahren wurde aus ihrem unsicheren Leben in der Schweiz eine Existenz mit Zukunft.



« Senza documenti,  
senza voce, ma con  
una identità! »

# «Das Warten ist das Schwierigste»

---

**Sarah**, aus Eritrea,  
seit 2009 in der Schweiz

von Julia Egenter, Freiwillige der Beratungsstelle

Jeden Abend sitzt Sarah im Dunkeln ihrer kleinen Einzimmerwohnung und wartet darauf, dass die Müdigkeit kommt. Sie versucht, sich so wenig wie möglich zu bewegen, das Licht bleibt immer aus. Denn beim kleinsten Geräusch besteht die Gefahr, dass ihr Sohn wieder aufwachen würde. So wartet sie still, aber die Müdigkeit setzt meist stundenlang nicht ein...

Nachdem sie schwanger in die Schweiz gekommen war, lebte Sarah über vier Jahre in einem Durchgangszentrum. Am Tag der Tauffeier ihres Sohnes erhielt sie die negative Antwort auf ihr Asylgesuch. Kurz darauf sollte sie in ein anderes Zentrum transferiert werden, weit weg von der Stadt. Weil ihr Sohn sehr krank war und sie mehrmals notfallmässig mit ihm zum Arzt musste, durften sie schlussendlich im gleichen Zentrum bleiben. Nach dem Negativentscheid bekam sie für sich und ihren Sohn jedoch wie üblich keine Sozialhilfe mehr, sondern lediglich noch Nothilfe: 15 Franken am Tag, für beide zusammen. Im Winter reichte das Geld nicht aus, um ihrem Sohn warme Schuhe und eine dicke Jacke zu kaufen. Die lange Zeit im Zentrum setzte Sarah und ihrem Sohn gesundheitlich und psychisch stark zu. Die Angst, ausgeschafft zu werden, war gross und ste-

tig präsent. «Oftmals kam die Polizei mitten in der Nacht ins Zentrum und holte Leute ab, auch Familien mit sehr kleinen Kindern.»

Da Sarahs Familie zwar ursprünglich aus Eritrea stammt, sie jedoch in Äthiopien aufgewachsen ist, keinen eritreischen Pass besitzt und besser amharisch als tigrinisch spricht, zweifelte die Migrationsbehörde an ihrer Geschichte. Sarah durchlief einen Spiessrutenlauf der Beweisfindung, bis sie schlussendlich vor ungefähr eineinhalb Jahren den N-Ausweis zurückerhielt. Mit diesem provisorischen Ausweis durfte sie vor etwas über einem Jahr mit ihrem Sohn in die kleine Einzimmerwohnung ziehen. Bis heute wartet Sarah auf einen Entscheid: «Das Warten und nicht wissen was kommt, ist das Schwierigste». Stundenlang geht sie spazieren und versucht sich abzulenken. Manchmal gelingt es ihr, oftmals nicht. Die Idee, eines Tages eine Aufenthaltsbewilligung zu erhalten, erscheint ihr weit weg. «Mein Leben ist schwarz», sagt Sarah, «aber mein Kind gibt mir einen Grund zu leben.»

---

# Auf verlorenem Posten?

---

von David Loher, Sozialanthropologe

In der Schweiz leben zwischen mindestens 100'000 und 300'000 Sans-Papiers, je nach Schätzung. Sie arbeiten in den unterschiedlichsten Sektoren: Auf dem Bau, in der Pflege, in der Landwirtschaft. Viele zahlen AHV-Abgaben oder sogar Steuern von ihrem Lohn. Andererseits stehen ihnen kaum Rechte zu. Denn die allermeisten sozialen Rechte sind geknüpft an einen gültigen Aufenthaltsstatus. Soweit die gesellschaftliche Realität.

## Zwischen Gesetzen und gesellschaftlichen Realitäten

Doch statt auf diese gesellschaftliche Realität eine Antwort zu formulieren (etwa mit grosszügig ausgestalteten kollektiven und individuellen Härtefallregelungen), liess sich in den letzten zehn Jahren vielmehr folgendes beobachten: Die Asyl- und Ausländergesetze wurden in immer rascherem Tempo verschärft, gesetzliche Spielräume eingeengt, mögliche «Schlupflöcher» gestopft. Kurz: es weht ein rauer Wind durchs Land.

Und mitten drin: Die Beratungsstellen für Sans-Papiers. Ihre Aufgabe: Irgendwie zu vermitteln zwischen gesellschaftlicher Realität und den Gesetzen. Doch wenn diese beiden Bereiche immer mehr auseinander driften, stehen sie dann nicht auf verlorenem Posten? Ja und nein: Ja, weil in Zeiten wie diesen ihre Anliegen nicht Hochkonjunktur haben. Und nein, weil es immer wieder gelingt, Breschen zu schlagen; meist auf individueller Ebene des Einzelfalls, hier und da sogar auf grundsätzlicher Ebene von gesetzlichen Regelungen oder zumindest qua juristischen Einspruchs des Bundesgerichts.

## Abwärtsspirale

Es sind Ausländer- und Asylgesetz, die das Handlungsfeld der Sans-Papiers-Beratungsstellen umreissen. Die beiden gehören zu den am häufigsten überarbeiteten Gesetzestexten der letzten Jahre. Das Asylgesetz datiert von 1998.

In Kraft ist aktuell seine fünfzehnte Fassung (und die nächste Revision steht schon dieses Jahr an). Alleine in den vergangenen fünf Jahren wurde das Gesetz achtmal revidiert. Das Ausländergesetz stammt von 2005, in Kraft ist die 18. revidierte Fassung (ebenfalls mit einer anstehenden Revision in diesem Jahr). In beiden Fällen gilt: Die Revisionen mögen mal grösserer Natur sein, dann wieder sind es mehr kosmetische Retouches, doch stets stehen die Zeichen auf Restriktion und Verschärfung.

Ein entscheidender Moment in dieser Spirale nach unten war, als vor zehn Jahren das Ausländergesetz neu geschrieben und das Asylgesetz revidiert wurde. Das neue Ausländergesetz sollte das alte, seit 1931 bestehende Gesetz ersetzen. Als die Vorarbeiten dazu begannen, gab es durchaus gewisse Punkte, die Verbesserungen dargestellt hätten: Gerade in Bezug auf Sans-Papiers stand während den

Beratungen einmal die Möglichkeit einer Härtefallregelung auf Bundesebene im Raum, die diesen Namen auch verdient hätte. Doch es kam anders: Alles, was in Richtung Erleichterung oder Öffnung ging, wurde in den Beratungen nach und nach zusammengestrichen. Am Schluss wurden zwei Gesetze verabschiedet, die gespickt waren mit Verschärfungen, etwa zu Familiennachzug und Eheschliessung im Ausländergesetz oder Sozialhilfeausschluss und Asylausschlussgründen im Asylgesetz. Das Resultat verschreckte nicht nur die Linke, sondern reihenweise auch bürgerliche Politikerinnen und Politiker.

Der Rest ist Geschichte: Dieser letzte grosse und bis in bürgerliche Kreise prä-sente Widerstand gegen Verschärfungen in Asyl- und Ausländergesetz erlitt in der Referendumsabstimmung 2006 eine deutliche Niederlage. Das war zur selben Zeit, als die Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers gegründet wurde...

### Breschen schlagen

Von Seiten der Gesetzgebung gibt es also seit geraumer Zeit keine Anzeichen in die Richtung, Rechte von Sans-Papiers zu verteidigen, geschweige denn zu stärken. Die vergangenen Jahre haben allerdings noch ein Weiteres gezeigt: Immer wieder gelang und gelingt es, Rechte der Sans-Papiers gegen das Recht, welches sie immer noch weiter marginalisiert, in Anschlag zu bringen. Zwei Beispiele sollen dies verdeutlichen.

Erstes Beispiel ist das Eherecht: 2010 trat die Bestimmung in Kraft, dass für die Eheschliessung zwingend eine Aufenthaltsbewilligung vorliegen muss. Absicht war «Scheinehen» (was immer das auch sein mag...) zu bekämpfen. Das Resultat: Ein faktisches Heiratsverbot für Sans-Papiers. Das Eherecht einzuschränken ist jedoch aus der Optik der Grundrechte äusserst problematisch. Das fand auch das Bundesgericht in einem Entscheid. In der Folge verzichtete etwa der Kanton Waadt ganz auf die Anwendung dieses Artikels, weil er sich nicht rechtskonform auslegen lässt. Der Kanton Bern löste den Widerspruch im Gesetz so, dass er eine Kurzaufenthaltsbewilligung für die Eheschliessung ausstellte.

Das zweite Beispiel ist die Lehre für jugendliche Sans-Papiers. Hier half das Diskriminierungsargument: Während die einen jugendlichen Sans-Papiers aufs Gymnasium gehen, ist den anderen der Zugang zur Ausbildung über eine Lehrstelle verwehrt. Denn für letztere ist eine Arbeitsbewilligung Voraussetzung. Eine Änderung der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit ermöglicht es jugendlichen Sans-Papiers seit 2013 eine Lehre zu absolvieren.

Es ist nicht absehbar, dass sich an der skizzierten Grundkonstellation in absehbarer Zeit etwas ändern wird. Solange dies der Fall ist, gilt umso mehr: Individuelle Rechte von Sans-Papiers müssen gestärkt werden – nicht zuletzt auch, um in diesem Bereich ein Minimum an Rechtsstaatlichkeit zu erhalten.

Pressekonferenz des Beirates im Oktober 2004

v.l.n.r. Anne-Marie Saxer-Steinlin, Samuel Lutz, Rolf Bloch, Claudia Kaufmann, Jörg Paul Müller, Dori Schaer-Born, Bernhard Kobel, Ueli Friederich (Foto: Angelika Boesch)



## 10 Jahre Beratungsstelle – 10 Jahre Engagement für Sans-Papiers

Franziska Teuscher, Gemeinderätin Bern

Viele Sans-Papiers trauen sich heute nicht, Angebote und Dienstleistungen zu nutzen – wie Sie und ich dies täglich tun. Weil sie befürchten, entdeckt zu werden und die Schweiz verlassen zu müssen. Andere wissen nicht, dass auch ihnen Rechte zustehen – unabhängig vom rechtlichen Aufenthaltsstatus. Und wieder andere finden sich in den schwer zu überschauenden Strukturen von Verwaltungsstellen nicht zurecht. Für all sie leistet die Berner Beratungsstelle eine wichtige Hilfestellung. Sie berät Sans-Papiers in fast allen Fragen des täglichen Lebens – von der Arbeit über die Krankenversicherung bis hin zur Regelung des Aufenthaltsstatus.

Die Beratungsstelle steht anwaltschaftlich für die Sans-Papiers ein. Sie genießt aber nicht nur das Vertrauen der Sans-Papiers, sie ist durch ihre kompetente und verlässliche Arbeitsweise auch eine respektierte Ansprechpartnerin für die Behörden. Und schliess-

lich trägt die Beratungsstelle das Thema Sans-Papiers auch immer wieder an die Öffentlichkeit – das ist nötig: Mindestens 100'000 Sans-Papiers leben und arbeiten täglich mit und unter uns und leisten so einen unentbehrlichen Beitrag zum Funktionieren unserer Gesellschaft – und doch wollen viele die Existenz von Sans-Papiers nicht wahrhaben. Das zeigt, dass es kontinuierliche Sensibilisierungsarbeit braucht.

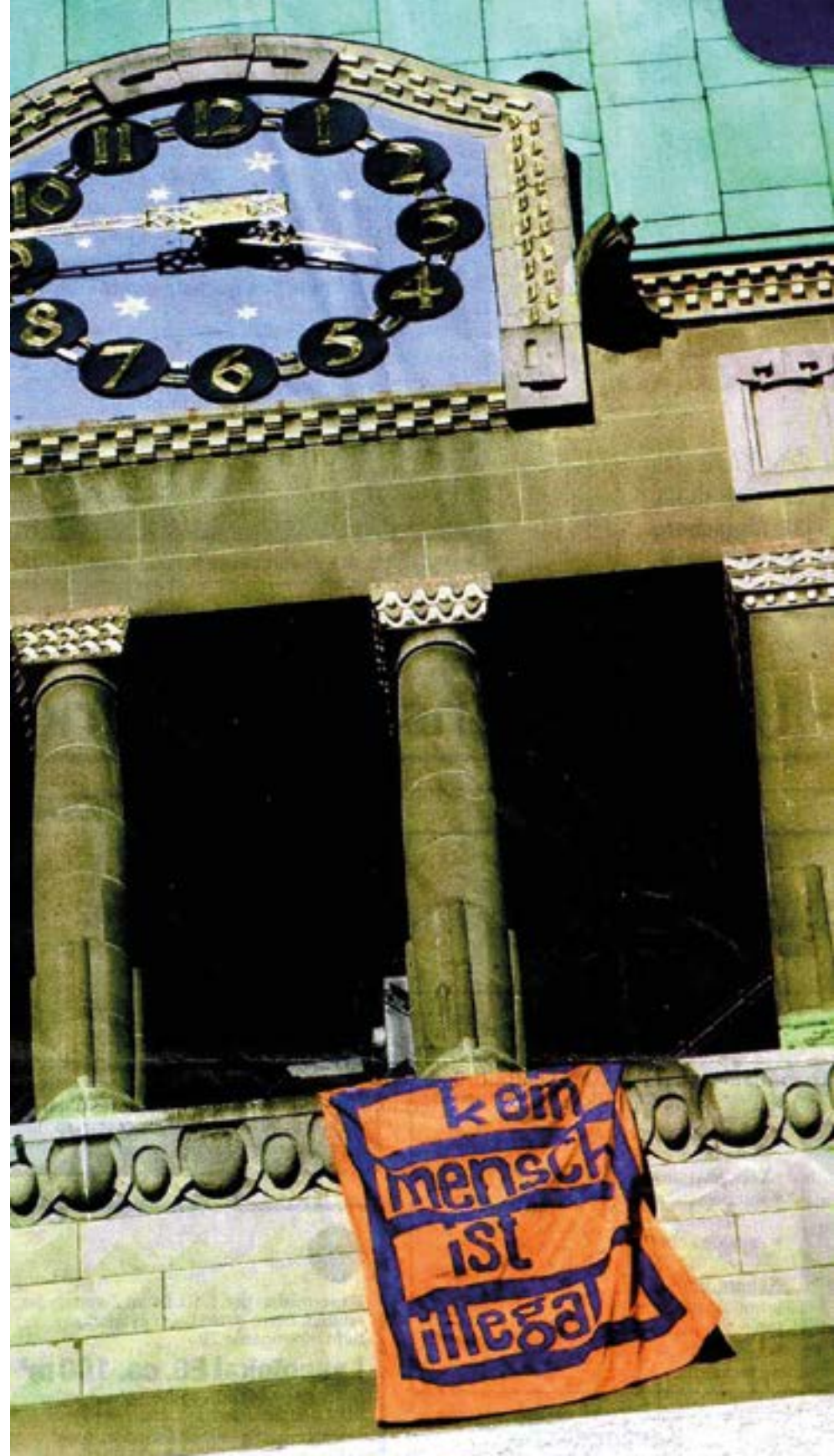
Die Stadt Bern hat ihre Wertschätzung für die Arbeit der Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers vor knapp zwei Jahren mit der Verleihung des Integrationspreises 2013 zum Ausdruck gebracht. Nun wird die Beratungsstelle 10 Jahre alt. Zu diesem Jubiläum gratuliere ich ganz herzlich – dem engagierten Team und Vorstand danke ich für die wertvolle und wichtige Arbeit. Macht weiter so!



« Auszüge aus der Vision  
und dem Auftrag des Synodalrats:  
«Wir wollen den Nächsten achten,  
mit den Benachteiligten solidarisch sein,  
uns für Gerechtigkeit einsetzen.  
Wir setzen uns ein für Menschen  
in Not und fördern soziale Projekte.  
Solidarität mit Benachteiligten in der  
Gesellschaft ist uns Verpflichtung.»

Solche Leitlinien rufen geradezu für  
ein Engagement für Sans-Papiers  
auf. Deshalb unterstützen wir  
die Beratungsaktivitäten durch  
den Verein. »

Josef Wäckerle, Präsident des Synodalrats der Römisch-katholischen  
Landeskirche des Kantons Bern  
Beirat der Berner Beratungsstelle





### Impressum

Herausgeber dieser Broschüre ist der Verein Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers VBBS. Diese Broschüre wurde ermöglicht dank der Unterstützung von Stämpfli AG.

Mitarbeit: Karin Jenni, Pedro Lenz, Pia Grossholz-Fahrni, Theodora Leite Stampfli, Rita Schiavi, Willi Egloff, David Loher, Franziska Teuscher, Julia Egenter, Anne-Marie Saxer-Steinlin, Jacob Schädelin

Layout und Illustrationen: Querfeld3.ch  
Druck und Ausrüstung: Stämpfli AG, Bern  
Papier: FSC Mix Profi-Bulk matt 115g/m2

© 2015

---



Verein Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers  
Eigerplatz 5  
3007 Bern

031 385 18 27

beratung@sans-papiers-contact.ch  
www.sans-papiers-bern.ch  
www.sans-papiers.ch

Spendenkonto:  
PC 30-586909-1

---

